



## UN-Streit am East River

In New York beginnt die Debatte der 72. Vollversammlung. Seite 2

## Ukraine in die NATO?

YES-Konferenz in Kiew will Wege für Westanbindung ebnen. Seite 3

## Uran hilft nicht

Französische Minen in Niger verschmutzen das Land. Seite 10

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Foto: AFP/Pierre Verdy



Dienstag, 19. September 2017

72. Jahrgang/Nr. 219

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT K-Frage stellen

Simon Poelchau meint, es ist Zeit für mehr Kapital-Umverteilung

Wer behauptet, dass dieser Wahlkampf ein spannender wäre, der lügt oder lebt hinterm Mond. Die Frage, ob nun Merkel oder Schulz das Rennen ums Kanzleramt macht, ist wahrlich nur noch eine rhetorische. Eine viel spannendere K-Frage stellt hingegen das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Dabei geht es jedoch nicht um die politische, sondern um die ökonomische Macht. Kurz gesagt, es geht ums schnöde Kapital. Das IMK will nämlich nicht mehr einfach nur mit Umverteilung von den Taschen der Reichen in die Taschen der Armen der wachsenden Konzentration von Einkommen und Vermögen entgegenwirken. Es will auch einen Staatsfonds schaffen, der Wertpapiere von Unternehmen kauft und die Dividenden daraus mittels eines »bedingungslosen Kapitaleinkommens« an alle ausgibt. Wenn man den IMK-Vorschlag weiterdenkt, bedeutet dies auch Verstaatlichung von Kapital. Letztlich könnten die großen Konzerne so unter gesellschaftliche Kontrolle gebracht werden.

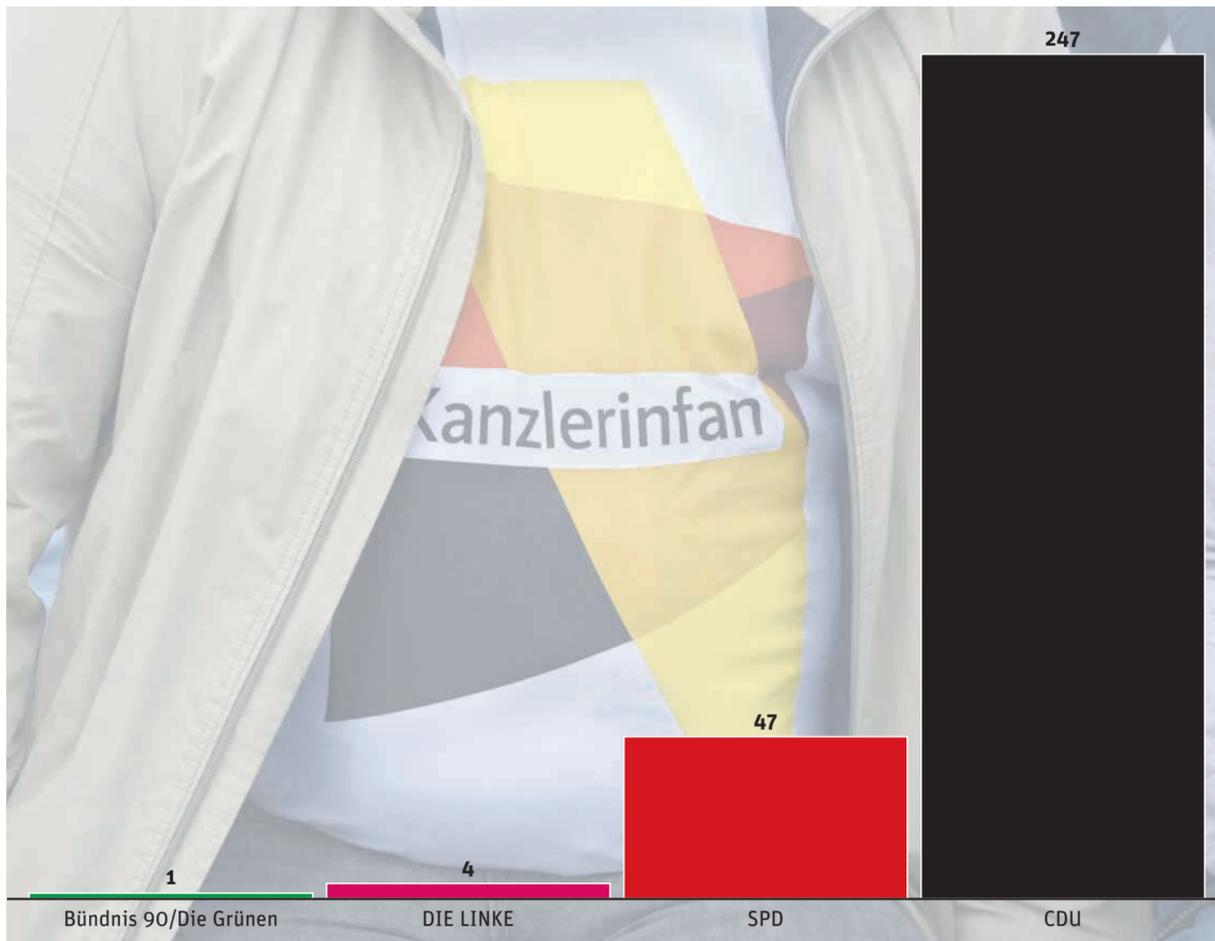
Zwar würde daraus vermutlich erst in ferner Zukunft etwas. Doch ist es ein schöner Gedanke, vielleicht mal in einer Welt zu leben, in der die Gewinne und die ökonomische Macht nicht mehr in den Händen einiger Weniger konzentriert wäre. Insofern wäre ein Staatsfonds als Wahlkampforderung vielleicht das utopische Plus gewesen, für das es sich wirklich lohnt zu kämpfen und das für Euphorie und eine Wechselstimmung im linken Lager hätte sorgen können. Leider kommt die Idee für diese Wahl zu spät.

## UNTEN LINKS

Vieles ist für den menschlichen Geist schwer zu fassen: Warum stirbt man, wie kann es exponentielles Wachstum bei begrenzten Ressourcen geben, wie war das noch mit den Überhangmandaten? Und wie unterscheidet sich Risiko von Gefahr? Dazu etwas Aufklärung: Sollten Sie als Polizist das Ansehen Ihres Berufs gefährden, etwa durch Wein, Weib und Gesang vor großen Gipfeln in Gefahrengeländen, gehen Sie kein Risiko ein – Sie bekommen sogar früher Feierabend. Essen Sie als Fußballfan ein Eis, ist das kein Risiko – Sie laufen aber Gefahr, ein Stadionverbot zu kassieren, wenn Sie sich das Eis in Gegenwart von Polizisten »provokierend tief in den Mund«, stecken, um einen »sexuellen Oralverkehr nachzuahmen«. Wer sich in Gefahr begibt, kommt also um Fragen nicht herum: Wenn schon Eis provoziert, ist der Verzehr der Stadionwurst dann Pornografie? Was denken Polizisten bei Lutschern? Gibt es asexuellen Oralverkehr? Aber riskieren Sie dabei niemals gefährliche Gedanken. *sf*

# Deutschland sieht schwarz

Bei der Bundestagswahl können CDU und CSU den Großteil der Wahlkreise gewinnen



Prognose für die Wahlkreise bei der Bundestagswahl

Quelle: election.de; Grafik: nd; Foto: dpa/Carsten Rehder

Berlin. In einer Woche ist der neue Bundestag gewählt – aber noch weiß niemand, wie groß das künftige Parlament sein wird. Normalerweise gäbe es 598 Abgeordnete: 299 direkt in den Wahlkreisen per Erststimme gewählte und 299 weitere, die über die Parteienlisten mit der Zweitstimme bestimmt werden. Soweit die Theorie.

In der Praxis jedoch erzielen CDU und CSU seit mehreren Legislaturperioden einen immer größer werdenden Anteil an Direktmandaten, der ihre Mandatsansprüche laut Zweitstimme deutlich übersteigt. Für die bevorstehende Bundestagswahl hat das Internetportal

election.de errechnet, dass die Union 247 der 299 Direktmandate holen kann. Lediglich 47 entfielen demnach auf die SPD; vier könnte die LINKE gewinnen, eins die Grünen. Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai hatte election.de mit seiner Wahlkreisprognose sehr nahe am tatsächlichen Ergebnis gelegen.

Die krasse Überlegenheit der Union hat Folgen: Ihre zahlreichen Zusatzmandate müssen für die anderen Fraktionen ausgeglichen werden, damit die Verhältnisse zwischen den Parteien gewahrt bleiben. Das könnte zu einem Bundestag mit mehr als 660 Mitgliedern füh-

ren (derzeit sind es auch schon 630); Experten hatten sogar bis zu 700 Abgeordnete prognostiziert. Die Handwerker des Bundestags müssen sich also bei der Einrichtung des Plenarsaals etwas einfallen lassen.

Um die Aufblähung des Bundestags zu verhindern, hatte Parlamentspräsident Norbert Lammert (CDU) in der jetzt endenden Legislaturperiode mehrfach Reformvorschläge angeregt bzw. selbst unterbreitet. So schlug er eine gesetzlich verankerte Höchstzahl von Abgeordneten oder eine Obergrenze für Ausgleichsmandate vor. Erhöht wurde er nicht – seine Bemühungen verliefen im Sande. *wh* Seite 5

# Gleiches Kapital für alle

Hohe Einkommen steigen laut neuer IMK-Studie besonders schnell / Mittelschicht schrumpft

Das Kapital und somit auch die Gewinne der Unternehmen konzentrieren sich in den Händen einiger Weniger. Ein Staatsfonds soll dagegenwirken.

Von Simon Poelchau

Auch wenn das Thema Ungleichheit im Wahlkampf nur am Rande vorkommt, nimmt die Konzentration von Einkommen am oberen Rand der Gesellschaft weiter zu. Sind die verfügbaren Einkommen der Oberschicht zwischen 1991 und 2014 nach Abzug der Inflation im Schnitt um gut 17 Prozent gestiegen, waren es in der Mitte der Gesellschaft lediglich zehn und bei Geringverdienern sogar nur drei Prozent. Dies belegt eine Studie, die das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) am Montag in Berlin vorstellte. Demnach schrumpfte der Anteil der Mittelschicht von 63 auf 56 Prozent aller Haushalte hierzulande.

»Es ist Zeit, die Ungleichheit wieder zu reduzieren«, sagt IMK-Direktor Gustav Horn. Für den Ökonomen ist dies nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit. »Ein polarisiertes Land kann auf Dauer nicht erfolgreich sein«, erklärt Horn, warum mehr Umverteilung auch ökonomisch sinnvoll ist. Das IMK schlägt deshalb ein ganzes Bündel von Maßnahmen vor, wie Reiche höher besteuert werden können, die Mittelschicht gestärkt und die Armut reduziert werden kann. Denn es gebe Horn zufolge nicht »die eine Maßnahme«, mit der allein man das Problem erfolgreich angehen könne.

Viele der IMK-Forderungen sind altbekannt und wurden schon vor der letzten Bundestagswahl 2013 erhoben – wie die Reaktivierung der Vermögensteuer oder die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Vier Forderungen sind Horn jedoch besonders wichtig: Erstens soll die Grundsteuer in eine Bodenwertsteuer umgewan-

delt werden. Dadurch sollen vor allem in Ballungszentren, wo Wohnraum teuer ist, statt Einfamilienhäusern mehr Mehrfamilienhäuser gebaut werden. Zweitens schlägt das IMK vor, das Tarifsystem zu stärken, indem Ab-

»Ein polarisiertes Land kann auf Dauer nicht erfolgreich sein.«

Gustav Horn, IMK

schlüsse einfacher als allgemeinverbindlich erklärt werden können. Drittens soll die Höhe des Hartz-IV-Regelsatzes an den Mindestlohn gekoppelt werden, der künftig schneller steigen soll.

Viertens bringt das IMK die Schaffung eines Staatsfonds ins Spiel, der in Wertpapiere investiert. Dieser soll vor allem mit Hil-

fe von Überschüssen in der Staatskasse aufgebaut und die Dividenden daraus über ein »bedingungsloses Kapitaleinkommen« gleichmäßig auf alle Bürger verteilt werden. Die Idee dahinter: Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen, die kaum Kapitalvermögen besitzen, sollen so an den üppigen Gewinnen der Unternehmen beteiligt werden. Zudem will das IMK so einer weiteren Konzentration des Reichtums entgegenwirken. Jedoch würde es lange dauern, bis genügend Kapital im Fonds angesammelt wäre, damit der Staat eine nennenswerte Dividende ausschütten könnte.

Müsste Horn sich für eine Maßnahme entscheiden, würde er deshalb zunächst die Privilegien bei der Erbschaftsteuer abschaffen. Denn das Bundesverfassungsgericht wird vermutlich auch die neueste Version der Steuer beanstanden, weshalb sich der neue Bundestag bald mit ihr beschäftigen muss.

## Charité: Streik für bessere Pflege

Auftakt für mehrtägigen Ausstand an Berliner Universitätskliniken

Berlin. An der Universitätsklinik Charité in der Hauptstadt hat am Montag ein mehrtägiger Streik des Pflegepersonals begonnen. Die Situation am Morgen sei allerdings schwierig gewesen, weil die Arbeitgeberseite das normale Programm voll habe weiterlaufen lassen, sagte ver.di-Sprecher Andreas Splanemann. So seien etwa nur wenige der planbaren Operationen abgesagt worden. Viele Streikwillige hätten sich nicht beteiligen können. Die Versorgung von Notfällen gilt jedoch als gesichert. »Durch den Streik wird kein Patient zu Schaden kommen«, betonte Splanemann. Ver.di warf der Klinikleitung vor, keine Notdienstvereinbarung abgeschlossen zu haben, wie sonst üblich. Sie versuche so, den Streik zu behindern.

Hintergrund des Streiks ist der 2016 abgeschlossene Tarifvertrag, der einen Personalzuwachs und Mindestbesetzungen auf Stationen vorsah. Ver.di hat den Vertrag wegen Mängeln bei der Umsetzung auslaufen lassen und drängt auf eine Weiterentwicklung. *dpa/nd* Seite 11

## Gabriel: Kim ist »eben nicht irre«

Außenminister für direkte Gespräche mit Nordkorea über Sicherheit

Berlin. Im Streit über die Atomwaffen und Rakentests Nordkoreas regt Bundesaußenminister Sigmar Gabriel direkte Gespräche mit dem isolierten Regime an. »Dazu müssen drei Mächte gemeinsam an den Tisch: die USA, China und Russland«, sagte der SPD-Politiker der »Bild«-Zeitung.

Es brauche »Visionen und mutige Schritte« nach dem Vorbild der Entspannungspolitik in den Zeiten des Kalten Krieges. Dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong Un müsse »eine andere Sicherheitsgarantie als die Atombombe« vor Augen geführt werden. Der Staatschef sei »eben nicht irre«, sagte Gabriel. »Er folgt einer kühl überlegten Strategie: Wenn er die Atombombe hat, dann – so denkt er – ist sein Regime gesichert. Weil sich niemand trauen wird, ihn zu bedrohen.«

Der deutsche Außenminister plädierte zugleich dafür, die jüngst verhängten Strafmaßnahmen gegen Pjöngjang und deren Wirkung abzuwarten. »Sanktionen brauchen Zeit, bis sie wirken. Das haben wir am Beispiel Iran gesehen.« *dpa/nd*

## Klima: Washington winkt mit Kulanz

US-Regierung deutet Kompromiss in Sachen Pariser Abkommen an

Washington. US-Außenminister Rex Tillerson hat die Bereitschaft zu einem Entgegenkommen seiner Regierung hinsichtlich des Pariser Klimaschutzabkommens angedeutet. »Wir möchten produktiv sein, wir möchten hilfreich sein«, sagte Tillerson am Sonntag dem US-Sender CBS. Der Wirtschaftsberater von US-Präsident Donald Trump, Gary Cohn, prüfe eine Zusammenarbeit mit anderen Ländern beim Klimaschutz, aber es handle sich weiterhin um ein »schwieriges Thema«.

Trumps nationaler Sicherheitsberater Herbert Raymond McMaster sagte am Sonntag dem Sender ABC, der US-Präsident habe »die Tür offen gelassen« für eine Rückkehr in das Abkommen zu einem späteren Zeitpunkt, »wenn es eine bessere Vereinbarung für die USA geben kann«. »Natürlich ist es offen für Gespräche, die uns dabei helfen, die Umwelt zu verbessern«, legte McMaster Trumps Haltung dar. Trump hatte im Juni angekündigt, dass sein Land sich aus dem Pariser Abkommen zurückzieht, weil es dem USA schade. *AFP/nd* Seite 9

ISSN 0323-3375

